

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	9
Einleitung	11
A. Allgemeines zum Skript	11
B. Allgemeines zur Herangehensweise an eine Klausur	11
1. Teil: A-Gutachten	13
A. Subsumtionseinleitung	13
B. Gutachtenstil	15
C. Verfolgungshindernisse	17
I. Rechtliches Gehör	17
II. Strafantrag	20
1. Notwendigkeit eines Strafantrags	20
2. Voraussetzungen des Strafantrags	20
3. Besonderes öffentliches Interesse	21
4. Vorgehen in der Klausur	21
III. Strafklageverbrauch und entgegenstehende Rechtshängigkeit	22
1. Strafklageverbrauch	22
2. Entgegenstehende Rechtshängigkeit	24
IV. Verjährung	24
V. § 19 StGB	24
VI. Tod des Beschuldigten und dauerhafte Verhandlungs- unfähigkeit	25
VII. Andere Prüfungsreihenfolge wegen Nr. 88 Satz 2 RiStBV?	25
D. Hinreichender Tatverdacht hinsichtlich der Begehung einer Straftat	26
I. Reihenfolge der Delikte	26
II. Bildung von Tatkomplexen	26
III. Hinreichender Tatverdacht	26
1. Klausurtaktik	27
2. Subjektiver Tatbestand und Rechtswidrigkeit	27
3. Schuld	28
a. Prüfungsort des § 21 StGB	28
b. Berechnung der BAK zum Tatzeitpunkt	28
4. Minder schwere oder besonders schwere Fälle	29
IV. Beweiswürdigung	29
1. Beweismittel vorhanden?	30
2. Beweismittel verwertbar?	30
a. Beweisverbote	30
aa. Beweiserhebungsverbote	30
bb. Beweisverwertungsverbote	31
b. Fernwirkung	32
c. Beispielfälle für einzelne Beweisverwertungsverbote	33
3. Ersetzung unmittelbarer Beweismittel durch mittelbare Beweismittel möglich?	34
a. Ersatz der geständigen Einlassung	34
b. Ersatz einer Zeugenaussage	35
c. Sachverständigengutachten	35
d. Umgang mit nicht verlesbaren Urkunden	35
4. Eigentliche Beweiswürdigung	35
a. In dubio pro reo	35

b. Glaubhaftigkeit und Glaubwürdigkeit	36
c. Darstellung der Beweiswürdigung im Gutachten	36
5. Wahlfeststellung, Tatsachenalternativität, Postpendenz und Präpendenz	38
V. Theoriestreitigkeiten und die Bindung der Staatsanwaltschaft an die höchstrichterliche Rechtsprechung	39
1. Variante: Staatsanwaltschaft hält Verhalten im Gegensatz zur Rechtsprechung für strafbar	40
2. Variante: Staatsanwaltschaft hält Verhalten im Gegensatz zur Rechtsprechung für nicht strafbar	41
E. Besonderes öffentliches Interesse	42
I. Relative Antragsdelikte	42
II. Kriterien	42
III. Vorgehen in der Klausur	43
F. Konkurrenzen	45
G. Gesamtergebnis	45
2. Teil: B-Gutachten	46
A. Allgemeines	46
B. Einstellung und Beschränkung	47
I. Einstellung nach § 152 Abs. 2 StPO	47
II. Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO	47
III. Zusammentreffen von Privatklage- und Officialdelikt	49
IV. Einstellung nach den §§ 153, 153a StPO	51
V. Einstellung und Beschränkung nach den §§ 154, 154a StPO	52
VI. Einstellung bei Tod des Beschuldigten	53
C. Erhebung der öffentlichen Anklage	54
D. Zuständigkeit	54
I. Sachliche Zuständigkeit	55
1. Zuständigkeiten der einzelnen Spruchkörper	55
a. Zuständigkeit der Strafkammer als Schwurgericht (Landgericht)	55
b. Zuständigkeit des Strafrichters (Amtsgericht)	55
c. Zuständigkeit des Schöffengerichts	56
d. Zuständigkeit der großen Strafkammer	57
e. Zuständigkeiten von Spezialekammern und des Oberlandesgerichts	58
2. Strafzumessung	58
3. Besonderheiten	59
4. Zuständigkeit in Jugendstrafsachen	59
a. Jugendrichter	59
b. Jugendschöffengericht	59
c. Jugendkammer	59
d. Heranwachsende	60
5. Verbindung von Strafsachen	61
II. Örtliche Zuständigkeit	62
1. Gerichtsstände	62
2. Auswahlermessen	63
3. Örtliche Zuständigkeit bei Jugendlichen und Heranwachsenden	63
E. Form der praktischen Entscheidung	64
I. Arten der öffentlichen Anklage	64

II. Klausurrelevanz	65
III. Voraussetzungen des Strafbefehls.	65
IV. Abgrenzung zwischen Strafbefehl und Anklage.	66
F. Auswahl und Bewertung der Beweismittel.	66
G. Nebenanträge.	67
I. Untersuchungshaft.	67
1. Vorliegen der Haftvoraussetzungen	67
a. Dringender Tatverdacht	68
b. Flucht.	68
c. Fluchtgefahr	69
d. Verdunklungsgefahr	69
e. Schwere der Tat	69
f. Wiederholungsgefahr.	70
g. Keine Unverhältnismäßigkeit	70
h. Untersuchungshaft bei Jugendlichen	70
2. Mitteilung an den Untersuchungsrichter	71
3. Handlungsmöglichkeiten der Staatsanwaltschaft	71
a. Beantragung eines Haftbefehls	71
b. Beantragung der Fortdauer der Haft	72
c. Außervollzugsetzung	73
d. Überhaft	74
e. Antrag auf Aufhebung und Anordnung der Freilassung	74
f. Erweiterung des Haftbefehls	75
II. Pflichtverteidiger	75
1. Voraussetzungen.	75
2. Vorgehen in der Klausur	76
III. Einziehung und Verfall.	77
IV. Entziehung der Fahrerlaubnis.	77
H. Mitteilungen	78
I. Asservate	79
I. Sichergestellte Gegenstände, die zu Beweis Zwecken dienen	79
II. Sichergestellte Gegenstände, die nicht als Beweismittel erforderlich sind.	79
J. Anfangsverdacht gegen bestimmte Personen.	80
I. Fehlendes rechtliches Gehör	80
II. Fehlender hinreichender Tatverdacht.	81
K. Vorgehen bei fehlendem Strafantrag.	82
L. Stellungnahme zu einem Antrag auf Zulassung der Nebenklage .	82
M. Akteneinsichtsgesuche	83
I. Akteneinsicht des Beschuldigten bzw. des Verteidigers	83
II. Weitere Akteneinsichtsrechte	84
3. Teil: Praktischer Teil.	85
A. Anklage	85
I. Aufbau der Anklage	89
1. Absender, Aktenzeichen und Datum	89
2. Anschrift des Gerichts	89
3. Haft	89
4. Überschrift	89
5. Angaben zur Person	89
6. Weitere Angaben zur Haft	90

7. Verteidiger	91
8. Anklageformel	91
9. Tatzeit und Tatort	91
10. Abstrakter Anklagesatz	91
a. Grundfall	91
b. Tateinheit oder Tatmehrheit	91
c. Jugendliche und Heranwachsende	92
d. Strafrechtliche Besonderheiten	92
11. Konkreter Anklagesatz	93
a. Einleitung und Bezeichnung als „Angeschuldigter“	93
b. Genaue Bezeichnung des Ortes und der Zeit	94
c. Benennung des Sachverhalts für alle Tatbestands- merkmale	94
12. Aufbau des Anklagesatzes bei komplizierten Anklagen	94
13. Strafvorschriften	95
14. Strafantrag oder besonderes öffentliches Interesse	96
a. Strafantrag	96
b. Besonderes öffentliches Interesse	96
15. Hinweis auf Verfall, Einziehung oder Führerscheinentzug	96
16. Beweismittel	97
17. Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen	97
18. Anträge	97
19. Unterschrift und Dienstbezeichnung	97
II. Beschränkung auf den Anklagesatz	99
B. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	99
C. Abschlussverfügung	102
4. Teil: Besonderheiten einer Klausur mit jugendlichen oder heranwachsenden Beschuldigten	104
A. A-Gutachten	104
I. Anwendungsbereich des Jugendrechts	104
II. Geltung der allgemeinen Vorschriften	104
III. Verantwortlichkeit	104
IV. Konkurrenzen	105
B. B-Gutachten	105
I. Entscheidung	105
1. Entscheidungsform	105
2. Diversion	105
II. Gerichtliche Zuständigkeit	105
1. Zuständigkeit der Jugendgerichte	105
2. Sachliche Zuständigkeit	105
3. Örtliche Zuständigkeit	106
III. Untersuchungshaft	106
IV. Pflichtverteidiger	106
V. Privatklage und Nebenklage	106
VI. Mitteilungen	106
C. Anklage	106
I. Besonderheiten bei Jugendlichen	106
II. Besonderheiten bei Heranwachsenden	106